

Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland e.V.
Positionspapier

**Ablehnung der Studienplatzzahlerhöhung im Fach
Humanmedizin**

beschlossen am 19.06.2011 auf der bvmd-Medizinstudierendenversammlung in Tübingen

Zusammenfassung

Die bvmd ist der Ansicht, dass eine Erhöhung der Studienplatzzahlen im Fach Humanmedizin keine geeignete Maßnahme gegen einen drohenden Ärztemangel in Deutschland ist und begrüßt deshalb die Streichung dieses Vorschlages im aktuellen Referentenentwurf zum Versorgungsgesetz¹. Die bvmd weist aus studentischer Sicht auf weitere Möglichkeiten, die die vertragsärztliche Versorgung in strukturschwachen Regionen besser sicherstellen, hin.

Einleitung

In der aktuellen Debatte um einen relativen oder absoluten Ärztemangel werden von verschiedenen Seiten unterschiedliche Konzepte genannt, um diesem zu begegnen. Dazu hat die bvmd in der Vergangenheit kritisch und konstruktiv ihren Beitrag geleistet^{2,3}. Im aktuellen Referentenentwurf zum Versorgungsgesetz des Bundesministeriums für Gesundheit¹ wird in Bezug auf das Studium eine Nachwuchsförderung mittels Stipendien für Medizinstudierende angeregt. Andere Vorschläge aus dem ursprünglichen Eckpunktepapier⁴ wurden fallen gelassen, darunter die Forderung, die Medizinstudienplätze zu erhöhen. Obwohl diese Vorschläge nicht mehr genannt werden, möchte sich die bvmd dazu äußern.

bvmd
Kennedyallee 91-103
53175 Bonn

Phone +49 (228) 882 - 731
Fax +49 (228) 882 - 732
Home www.bvmd.de

Für die Presse:
André Feldmann
Email pr@bvmd.de

Vorstand
Carolin Fleischmann (Jena)
Lara Bußmann (Hamburg)
Johan Seibel (Hamburg)
Almut Roedern (Heidelberg)
Petra Fang (Heidelberg)
André Feldmann (Hamburg)

Die Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland ist ein eingetragener Verein (Vertragsregister Aachen VR 4336). Sitz und Gerichtsstand ist Aachen.

Europäische Integration
Famulantenaustausch

Forschungsaustausch
Gesundheitspolitik
Medizin und Menschenrechte

Medizinische Ausbildung
Palliativmedizin
Public Health

Sexualität und Prävention
Training

Die bvmd ist auf internationaler Ebene Teil der IFMSA- und EMSA-Netzwerke.

Haupttext:

Die bvmd spricht sich gegen eine Erhöhung der Studienplatzzahlen im Fach Humanmedizin aus.

Ausschlaggebend ist die Befürchtung, dass mit der erhöhten Studienplatzzahl eine Verschlechterung der Ausbildungsqualität einhergeht. Eine Erhöhung bei gleichbleibend hoher Qualität wäre mit hohen Kosten verbunden, da das Medizinstudium das teuerste Studium in Deutschland^{5,6} ist. Eine Studienplatzzahlerhöhung würde bei gleichbleibendem Betreuungsverhältnis zwangsläufig zu höherem Personalbedarf führen, für den eine suffiziente finanzielle Ausstattung unbedingt erforderlich wäre. Eine Verschlechterung des Betreuungsverhältnisses wäre mit den Anforderungen der Approbationsordnung nicht vereinbar, die explizit Unterricht in Klein- und Seminargruppen vorgibt (ÄAppO §2 (3) Satz 9 und (4) Satz 4)⁷.

Es ist außerdem zu befürchten, dass alternative Prüfungsformen mit einer größeren Anzahl von Studenten nur noch schwer durchführbar wären, weil weder Personal in ausreichender Anzahl zur Verfügung stünde, noch die entsprechende Infrastruktur, in Form von Hörsälen, Seminarräumen, Praktikumsplätzen usw. gegeben wäre.

Des Weiteren führt eine Erhöhung der Studienplätze aus Sicht der bvmd auch keineswegs zu einer unmittelbar verbesserten Versorgungssituation in ländlichen Regionen. Im günstigsten Fall stünden in 12 Jahren, nach abgeschlossenem Studium und notwendiger Facharztausbildung, die ersten zusätzlichen Absolventen zur Verfügung, um Engpässe zu beheben. Daher ist eine Erhöhung der Studienplätze in keinsten Weise geeignet, um kurzfristig neues Personal zu rekrutieren.

Um mehr Ärzte für die Versorgung in strukturschwachen Regionen zu begeistern, ist vielmehr eine offene und ehrliche Debatte über die Gründe des geringen Interesses junger Menschen (nicht nur Medizinstudierender) an einer Arbeits- bzw. Lebensperspektive in solchen Gebieten notwendig.

In diesem Zusammenhang bestehen aus Sicht der bvmd Optimierungsmöglichkeiten im Bereich der Delegation von Tätigkeiten und der Ermöglichung flexiblerer Arbeitszeiten (im Sinne einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf).

Fazit

Insgesamt betont die bvmd, dass das Problem der mangelnden Anreize einer Tätigkeit in unterversorgten Regionen nicht über die Erhöhung der Gesamtzahl an verfügbaren Ärzten angegangen werden sollte.

Quellenangaben:

1. Referentenentwurf Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung
2. Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland „Die bvmd spricht sich gegen eine Landarztquote aus“, Erlangen, Mai 2010
3. Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland „Eine NC-Abschaffung ist aus Sicht der bvmd kein probates Mittel gegen den Landärztemangel“, Erlangen, Mai 2010
4. Eckpunkte zum Versorgungsgesetz des Bundesministeriums für Gesundheit, 08.04.2011
5. Ab in die Schweiz? Ärzte im Wanderfieber
6. Bildung und Kultur – Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen 2008
7. Approbationsordnung für Ärzte vom 27. Juni 2002 (BGBl. I S. 2405), die zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 24. Juli 2010 (BGBl. I S. 983) geändert worden ist